

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor Der ÖBS hat viele Gesichter



Foto: Aus dem Video „Der ÖBS hat viele Gesichter“

Rund 7.500 Menschen arbeiten im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin. Sie verrichten gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit und das zu Tariflöhnen, mindestens aber für 1.300 Euro im Monat. Das entspricht dem von Gewerkschaften und Senat geforderten Mindestlohn von derzeit noch 7,50 Euro die Stunde.

Aber hält der ÖBS auch, was sich die Linke und der Senat von ihm versprechen? Schafft er werthaltige Arbeit, die den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet und ihre Existenz sichert? Das wollten wir von Sozialwissenschaftlerinnen wissen, bei denen wir eine Zwischenbilanz des ÖBS in Auftrag gegeben haben. Das Ergebnis: Ja, der ÖBS schafft sinnvolle Arbeit, die den Menschen Spaß macht, ihnen neuen Sinn gibt. Und er sorgt dafür, dass zumindest die Alleinstehenden unabhängig vom Jobcenter werden. Wenn man mit ÖBS-Beschäftigten spricht, bestätigt sich das. „Ich war ganz unten. Job weg, alkoholkrank, die Ehe war in die Brüche gegangen“, berichtet ein Bau-Facharbeiter. „Jetzt bin ich zu 80 % wieder oben“, sagt er. Und er hofft, dass das so bleibt.

Doch – und damit kommen wir zu einer problematischen Seite unseres ÖBS – viele der Stellen können nur befristet mit den selben Beschäftigten besetzt werden. Das liegt an der komplizierten Konstruktion des ÖBS. Die Bundesregierung lehnt den ÖBS als Idee und Konzept ab. Und sie weigert sich auch, den einfachsten Weg zur Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu gehen, nämlich die Bündelung aller Mittel zuzulassen, die jetzt für Arbeitslose ausgegeben werden.

Deshalb nutzen wir zur Finanzierung arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes und stocken sie aus Landesmitteln auf, die eigentlich für langfristige Beschäftigung in einem echten dritten Sektor zwischen Markt und Staat nicht geeignet sind. Und jetzt treten Bundesregierung und die schwarz-gelbe Regierungskoalition zusätzlich auf die Bremse. Knapp eine Milliarde Euro an Arbeitsmarktmitteln hat die Koalition vorerst gesperrt, in den Jobcentern herrscht vorläufige Haushaltswirtschaft. Viele sind derzeit kaum mehr in der Lage, bestehende ÖBS-Stellen zu verlängern oder neue zu bewilligen.

Doch der ÖBS geht weiter – allen anderslautenden Meldungen zum Trotz. Wir haben gemeinsam mit der rot-roten Landesregierung Brandenburg mit der Bundesagentur für Arbeit einen Weg gefunden, den ÖBS fortführen zu können, indem wir ein weiteres arbeitsmarktpolitisches Instrument als Grundfinanzierung einsetzen. Im März hat der Bundestag den Bundeshaushalt beschlossen. Ende April wird der Haushaltsausschuss des Bundestages vermutlich auch die gesperrten Mittel frei geben. Dann können auch die Jobcenter wieder über ihre Mittel verfügen und Stellen verlängern bzw. neu bewilligen.

Der ÖBS in Berlin zeigt: Es gibt gute Alternativen zu Hartz-IV und seiner Logik von Druck, Zwang und Armut. Der ÖBS ist ein Weg, diese Logik zu überwinden.

Carola Blum
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

Zwischenruf

Bezahlbare Mieten

Nachdem auch der Mietenmarktbericht der GSW (Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft Berlin) bestätigt hat, dass die Neumieten in Berlin weit über den Bestandsmieten liegen, kann nicht länger von einem entspannten Mietenmarkt gesprochen werden. In weiten Teilen der Stadt liegt das Wohnungsangebot deutlich über den finanziellen Möglichkeiten breiter Berliner Bevölkerungskreise.

Als Konsequenz sollte der Senat die von den Koalitionsfraktionen geforderte Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Neuvertragsmieten mit Nachdruck prüfen. Um auf der lokalen Ebene handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, dass der Senat für einige Quartiere in der Innenstadt die angespannte Wohnungsmarktsituation anerkennt. Nur so wird es neben der Bundesratsinitiative möglich sein, gegen Neuvermietungsverträge vorzugehen, die deutlich über der ortsüblichen Miete liegen. Durch gezielte Zweckentfremdungsverbote kann verhindert werden, dass Wohnungen in Büros oder Ferienwohnungen umgewandelt und so dem Wohnungsmarkt entzogen werden. Zu prüfen ist auch, ob da wo notwendig, für Sozialwohnungen, die durch Zeitablauf aus der Grundförderung fallen, wieder eine Belegungsbindung eingeführt wird. Es kann nicht hingenommen werden, dass aus den Sozialwohnungen, die mit hohen Beträgen öffentlich gefördert wurden, die Bestandsmieter über drastische Mieterhöhungen verdrängt werden. Außerdem sollte der Einfluss auf die städtischen Wohnungsgesellschaften dahingehend verstärkt werden, dass diese den vom Senat erteilten Auftrag einhalten, Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte, anzubieten.

Uwe Doering,
Parl. Geschäftsf. Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus

➔ Weitere Informationen gibt es unter www.von-arbeit-leben.de
Den neuen Kurzfilm „Der ÖBS hat viele Gesichter“ gibt es auch unter: www.linksfraktion-berlin.de

Dauerstreit am Boulevard

Die Kudamm-Bühnen und die Macht des Geldes

Das Theater und die Komödie am Kurfürstendamm sind Markenzeichen der Berliner Theaterlandschaft. Beide sind untrennbar mit dem Kurfürstendamm verbunden und der Kurfürstendamm mit ihnen. Das Leben auf dem Kurfürstendamm wird, zumindest in den Abendstunden, von den beiden Theatern beeinflusst und die Theater leben auch von ihrem Kudamm-Image. Seit Jahren wird über diese Symbiose mit den jeweiligen Besitzern des Grundstückes auf dem das Kudamm-Karree steht, diskutiert und der Erhalt der beiden Theater als Forderung vor jede bauliche Veränderung gestellt.

Diese Vorgeschichte und die vielen Proteste der Bevölkerung gegen jede Veränderung an diesem Theaterplatz müssen jedem Käufer dieses Grundstückes bekannt sein. So auch dem jetzigen Besitzer Ballymore. Dieser Investor erwarb das Grundstück und begann schon bei der ersten Vorstellung seiner Planung, über die Existenz der beiden Theater zu diskutieren. Die Fraktion DIE LINKE hat bereits in dieser Phase dem Investor ihre Ablehnung aller Versuche, die Theater nicht so zu belassen

wie sie sind, signalisiert. Die Theater profitieren unmittelbar von ihrem Standort. Aber auch der Kudamm profitiert von der Existenz dieser Theater. Wer diese Verbindung abbricht, riskiert die Zukunft der Theater, aber auch eine noch größere Verödung des Kurfürstendamms.

Eine Verödung, die schon seit Jahren schleichend vorangeht. Zuerst verschwanden die Kaffees, dann die Kinos und nun sollen auch noch die Theater weichen. Bezirksamt und Investor müssen klare Konzepte vorlegen, die zum einen die Zukunft der Theater sicher darstellen und zum anderen die Verödung des Kurfürstendamms nachweislich umkehren. Solange solche Konzepte nicht vorgelegt werden, kann und darf man über Veränderungen nicht entscheiden.

Es kann und darf nicht sein, dass mit der Zukunft der Theater und des Kurfürstendamms zu Gunsten des maximalen Profites eines Investors gespielt wird. Von jedweder Veränderung müssen der Kurfürstendamm, die Theater und die Story of Berlin profitieren. Ihre Zukunft, als Boulevard, als Theater mit einzigartigem Ruf, als Museum ganz

eigener Art, ist wichtig. Alle drei zusammen sind Garanten für einen hohen Aufenthaltswert in diesem Bereich, für Berliner und ihre Besucher gleichermaßen. Ihre Erwartungshaltung darf nicht enttäuscht werden. Jeder der die Theater kennt und ihnen seit langem treu ist, jeder der extra zum Theaterbesuch nach Berlin kommt, muss die Theater auch dort finden können, wo sie ihren Namen bekamen: Am Kurfürstendamm.

Die vorgeschlagene Verlegung nur eines Theaters in die Uhlandstraße mag für manche reizvoll sein, es ist aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung die nur dem Investor und seiner Rentabilitätserwartung dient. Es ist nicht erkennbar, ob es für die Kultureinrichtungen und für den Kurfürstendamm rentabel ist. Jeder, der ein Grundstück kauft, muss sich über die vorhandenen Bedingungen und Gegebenheiten informieren. Im Nachhinein mit Rückzug drohen, falls es nicht so läuft, wie man es für sich geplant hat, ist Erpressung, der nicht nachgegeben werden darf.

*Wolfgang Tillingier,
Vorsitzender der BVV-Fraktion*

UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen Berlin plant Job-Offensive 2010

Vor einem Jahr, am 26. März 2009, trat die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft und ist seitdem auch in Berlin rechtskräftig. Die Konvention, bereits im Dezember 2006 beschlossen, betrachtet die Rechte behinderter Menschen als integralen Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte. Ziel der Konvention ist es, alle Menschen mit einer Behinderung voll in das gesellschaftliche Leben zu inkludieren, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie zu gewährleisten und sie vor Diskriminierung jeglicher Art zu schützen. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der doppelten Diskriminierung behinderter Mädchen und Frauen gelegt.

In Berlin gilt seit 1999 das Landesgleichberechtigungsgesetz. Mit ihm soll das Diskriminierungsverbot des Artikel 11 der Berliner Verfassung garantiert werden. Es verpflichtet alle Behörden Berlins darauf, an dem Erreichen dieses Zieles aktiv mitzuwirken. Um darüber hinaus gehende Forderungen der UN-Konvention gerecht zu werden, hat der rot-rote Senat im Juli 2009 eine verwaltungsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Maßnahmen zur Umsetzung der



Foto: flickr.com/photos/itspaulkelly

Konvention prüfen und dem Abgeordnetenhaus berichten soll.

Besonders benachteiligt sind Menschen mit schweren Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt. Ihnen soll mit der Berliner Schwerbehinderten Job Offensive 2010

geholfen werden. So sollen innerhalb von zwei Jahren 100 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und 50 Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte gefördert werden.

Michael Bäse

Mittelschicht und Mittelstand

Ein trügerisches Schichtenmodell



Foto: flickr.com/photos/calvinshmelvin

Seit Jahren erleben Mittelstand und Mittelschicht eine inflationäre Ausbreitung. Zählte man früher zur Mittelschicht vor allem Besserverdienende, das heißt Ingenieure, Rechtsanwälte etc., wurden die Definitionen immer weiter ausgebreitet und es kamen immer neue Nuancierungen wie obere, mittlere und untere Mittelschicht hinzu. Zur weiteren Verbreiterung trug auch Gerhard Schröder bei, als er während seiner Regierungszeit von der „Neuen Mitte“ sprach, für die er nun fortan Politik machen wollte.

Doch was steckt dahinter? Festzustellen ist, dass es bis heute keinerlei wissenschaftliche oder allgemeingültige Definitionen, für keinen der „Mitte-Begriffe“ gibt. Während die Wirtschaft den Begriff „Mittelstand“ für Betriebe mittlerer Größe verwendet, sprechen Soziologen von der gesellschaftlichen Mitte als „Mittelschicht“. Aber diese Begriffe werden heutzutage immer mehr vermischt. Auch die Einteilungen, wer wozu gehört, sind recht beliebig. Diese „Mittelstand bzw. Mittelschicht“ Bestimmungen stammen zumeist von privaten Instituten und Stiftungen, die – je nach politischer Couleur – ihre Bewertungen treffen können.

So konnte es geschehen, dass sich immer mehr Menschen in der Mitte wieder fanden, eine an sich recht kleine Gruppe, von der Politik umworben. Und so manch ein Politiker predigt zumindest unterschwellig Schichtenbewusstsein. Schließlich gibt es dort, wo es die Mitte gibt, auch eine Unterschicht, und wer möchte schon gern aus

der mittleren in die untere absteigen. Die Rezepte dies zu verhindern wurden gleich mitgeliefert. Nur wer genügend arbeitet und leistet, wird seine Schicht halten können oder auch aufsteigen. Wer dies nicht tut, wird eben absteigen müssen. So wurde die Basis für einen ständigen Existenzkampf und der Angst abzurutschen gelegt. Schließlich eignen sich Schichten auch bestens dazu, gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt zu werden.

Eine sachliche Einteilung der Bevölkerung in Gruppen unter Einkommensaspekten macht sicherlich einen gewissen Sinn. So kann man hieraus praktische Erkenntnisse z. B. für den Wohnungsbau oder die Tarifpolitik der Gewerkschaften ableiten.

Eine Einteilung der Gesellschaft in Schichten macht für das menschliche Zusammenleben indes keinen Sinn. Auch wenn man voraussetzt, dass es immer soziale Unterschiede gibt, können Schichten niemals eine erstrebenswerte homogene Gesellschaft voranbringen.

Eine Möglichkeit zu deren Überwindung kann die Erkenntnis des Einzelnen sein, einer „Fata Morgana“ erlegen zu sein. Gibt es überhaupt eine „Mitte“ wie sie so oft zitiert wird und wenn ja, wer gehört überhaupt dazu?

Wenn nicht, wird sich das „Schichtenmodell“ unserer Zeit schnell als Kartenhaus entpuppen, und die fallen bekanntlich bei der leisesten Berührung in sich zusammen!

Axel Gödel

europa - links

Praktizierte Scheinheiligkeit

Griechenland ist in aller Munde. Mit der ersten schweren Schuldenkrise im Eurogebiet zeigt sich, dass die große Krise der Spekulation längst nicht ausgebadet ist.

Doch was ist eigentlich in Griechenland passiert? Wie konnte das Land am östlichen Mittelmeer in eine Situation rutschen, in der es in Washington und Brüssel um Hilfe betteln muss? Und was hat die Europäische Union damit zu tun?

Beginnen wir mit dem letzten Punkt. In der EU gilt das Prinzip des Binnenmarkts. Wer mit Waren, Dienstleistungen oder Finanzprodukten handelt, soll dies ohne Einschränkungen von Lappland bis Sizilien tun können. Für griechische Unternehmen heißt das, dass sie den Konkurrenzkampf mit Wettbewerbern aus Deutschland, Frankreich usw. aufnehmen müssen. Gegenüber diesen übermächtigen Konkurrenten haben sie dabei meist den kürzeren gezogen. Waffen, Autos, Elektrizität, Telekommunikation – beinahe alles muss heute bei den europäischen Nachbarn eingekauft werden. Nach neuesten Schätzungen liegt das griechische Leistungsbilanzdefizit bei 10 % seines Bruttoinlandsprodukts.

Hier kommt der Finanzmarkt ins Spiel. Will oder muss Griechenland sich verschulden, ist es auf private Geldgeber und Spekulanten angewiesen, da die EU sich bislang weigert, gemeinsame Euro-Anleihen aufzulegen. Einige wenige, ebenfalls private und gewinnorientierte Rating-Agenturen entscheiden so mit ihrer Bewertung der Kreditwürdigkeit über den Preis, den Griechenland für seine Anleihen auf den Tisch legen muss. Rating-Agenturen werden von ihren Auftraggebern bezahlt; ihre Vertrauenswürdigkeit haben sie eigentlich spätestens in der Immobilienkrise verzoct.

Die von Ackermann bis Focus gegen die Griechen geführte Verleumdungskampagne hat deshalb auch noch einen sehr handfesten Charakter. Je mehr Vertrauen in Griechenland zerstört wird, desto mehr Kasse lässt sich mit seinen Problemen machen. Praktizierte Scheinheiligkeit und unterlassene Hilfeleistung ruiniert Europas Süden und saniert die Deutsche Bank.

Jürgen Klute, MdEP
& Hanna Penzer

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf und Villa Oppenheim Bezirk braucht ein Kulturkonzept



Foto: Villa Oppenheim (commons.wikimedia.org - Sven Wolter unter cc-by-sa-3.0-de)

Das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf wurde 1987 als Heimatmuseum Charlottenburg gegründet und trägt seit 2007 seinen heutigen Namen. Es ist schräg gegenüber vom Schloss Charlottenburg leicht zu finden und hat sich seit seinem Bestehen zu einer festen Größe in der Kulturlandschaft unseres Bezirkes entwickelt. Neben der Erforschung der Alltags- und Regionalgeschichte zeigt es Sonderausstellungen – rund 100 hat das Haus mittlerweile präsentiert – und arbeitet mit Forschern, Sammlern und Arbeitskreisen zusammen.

Der knappen Haushaltlage geschuldet muss das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf zukünftig seinen traditionellen Standort in der Schloßstraße 69 aufgeben und in die nahe gelegene Villa Oppenheim umziehen, die mit Lottomitteln saniert werden kann. Dort wird dann das Museum zusammen mit der bezirkseigenen Gemäldesammlung, die zu Zeit noch im Depot lagert, untergebracht sein. Die Gegenwartskunst, die im Moment noch in der Villa Oppenheim

gezeigt wird, wird fortan in der kommunalen Galerie in Wilmersdorf präsentiert.

DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf, die sich stets für ein reichhaltiges kulturelles Angebot im Bezirk einsetzt, engagiert sich sowohl für den Standort der Villa Oppenheim als auch für den Erhalt des Standortes Schloßstraße 69. Sie hat das Bezirksamt mit einem Antrag aufgefördert, ein umfassendes Konzept für ein kulturelles Zentrum des Bezirkes vorzulegen. Hier schlagen wir zunächst vor, einen Wettbewerb durchzuführen, der ein Konzept zur künftigen künstlerischen und öffentlichen Nutzung des Museums erarbeitet. Hierin sollen insbesondere Finanzierungs- und Refinanzierungsmöglichkeiten enthalten sein.

Ziel wird es sein, ein Modell der Nutzung zu entwickeln, das dem kulturellen und kulturwirtschaftlichen Alleinstellungsmerkmal Charlottenburg-Wilmersdorfs gerecht wird. Der Wettbewerb soll durch das Netzwerk Kulturwirtschaft durchgeführt werden. Die Jury wird sich nach unseren Vorstellungen

Termine im Bezirk

8. April BO Charlotte „Lavandevil“, Schustehrusstraße 3	20 Uhr
14. April Mitgliederversammlung DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf Rathaus Charlottenburg, Saal 3	19 Uhr
19. April Kommunalpolitischer Arbeitskreis Rathaus Wilmersdorf, Büro der Linksfraktion, Raum 3101 nächste Termine: 26. 4., 3. 5.	19 Uhr
20. April Hartz IV-Arbeitskreis Restaurant „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28	19 Uhr
22. April Redaktionssitzung „Bezirksbühne“ Rathaus Wilmersdorf, Raum 3105	19 Uhr
27. April Sozialpolitischer Arbeitskreis Restaurant „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28, nächster Termin: 30. 3.	19 Uhr
28. April Koordinierungsrunde Bezirksvorstand, Arbeitskreise und Basisorganisationen Rathaus Wilmersdorf, Raum 3105	19 Uhr
29. April Bezirksvorstand Rathaus Wilmersdorf, Raum 3101	18 Uhr
6. Mai BO Westend Gaststätte „Hienerwadi“, Reichsstr. 87	19:30 Uhr

Alle aktuellen Informationen zu Terminen finden Sie unter:
dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

aus Vertretern des Bezirksamtes, Unternehmen, UdK und weiteren Persönlichkeiten des Bezirkes zusammensetzen.

Der LINKEN ist wichtig, dass neben den großen kulturellen Einrichtungen wie den Theatern des Bezirkes auch die kleineren Einrichtungen erhalten bleiben. Sie verkörpern Vielfaltigkeit und Geschichte. Ein langjähriger Kulturstandort wie die Schloßstraße 69 muss deshalb erhalten bleiben. Ein Wechsel in der Nutzung ist in der Regel unumkehrbar und Charlottenburg-Wilmersdorf würde um eine wichtige Einrichtung ärmer.

Nurda Tazegül,
stellv. Vors. BVV-Fraktion



Hilfe und Unterstützung für Hartz IV-Betroffene

Termine im April:
Dienstags 6.4; 13.4; 20.4; 27.4
immer von 14-16.00 Uhr
im BVV-Büro (R.3105)
oder nach tel. Vereinbarung
unter 9029-14911

Impressum:

Herausgeber: Bezirksvorstand
DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf
Vi.S.d.P.: Torsten Hesse
E-mail:
bezirksbuehne@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de
Bildrechte, wenn nicht anders angegeben:
Bezirksverband
Redaktionsschluss: 01. 04. 2010
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de